

Mag. Alexander Schallenberg
Bundesminister

Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.085.745

Wien, am 30. März 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Susanne Fürst, Kolleginnen und Kollegen haben am 31. Jänner 2020 unter der Zl. 692/J-NR/2020 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Zero Draft der OEIGWG“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 5:

- *War Österreich in der zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe vertreten?
Wenn ja, seit wann?
Wenn nein, warum nicht?
Wenn ja, wer waren die Vertreter?*
- *Welche Vorschläge hat der oder die österreichischen Vertreter im Rahmen dieser Verhandlungen gemacht?*

- *Welchen Standpunkt vertritt die Bundesregierung hinsichtlich eines solchen rechtsverbindlichen Vorhabens der Vereinten Nationen?*
- *Hat Österreich an der 5. Sitzung im Oktober 2019 teilgenommen?*
Wenn ja, wer waren die Vertreter?
Wenn ja, welchen Kommentar haben die Vertreter zu dem ersten Entwurf (Zero Draft) abgegeben?
Wenn nein, warum nicht?
- *Wird Österreich bis zum 29. Februar 2020 Ergänzungsvorschläge zum Entwurf (Zero Draft) abgeben?*
Wenn ja, welche?
Wenn nein, warum nicht?“

Die Sitzungen der Intergouvernementalen Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen für ein rechtsverbindliches Instrument zur Regulierung von transnationalen Unternehmen in Bezug auf Menschenrechte, dessen fünfte und bisher letzte Tagung vom 14. - 18. Oktober 2019 in Genf stattgefunden hat, werden regelmäßig durch die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ständigen Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen in Genf wahrgenommen. Es liegt aber derzeit noch kein gemeinsames EU-Verhandlungsmandat vor; daher wurde von einer Einbringung nationaler Vorschläge im Rahmen der zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe abgesehen. Es bleibt daher zunächst abzuwarten, ob die Europäische Kommission dem Rat eine Empfehlung für ein solches Verhandlungsmandat vorlegen wird.

Mag. Alexander Schallenberg

